N i e d e r s c h r i f t
PLBUA/VIII/7

Niederschrift über die Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Gemeinde Rosendahl am 17.11.2010 im Sitzungssaal des Rathauses, Osterwick, Hauptstraße 30, Rosendahl.

Anwesend waren:

Der Ausschussvorsitzende

Schenk, Klaus

Die Ausschussmitglieder

Everding, Clara		Als Vertreterin für Herrn Günter Riermann
Söller, Hubert		Als Vertreter für Herrn Alfred Eimers
Espelkott, Tobias		
Hemker, Leo		
Kreutzfeldt, Klaus-Peter		
Lembeck, Guido		
Schaten, Peter	sachkundiger Bürger	

Von der Verwaltung

Niehues, Franz-Josef	Bürgermeister	
Gottheil, Erich	Allgemeiner Vertreter	
Brodkorb, Anne	stellv. Fachbereichsleiterin	
Mertens, Christoph	Sachbearbeiter	Nur zur Ortsbesichtigung
Wisner-Herrmann, Sabine	Schriftführerin	

Als Gast zu TOP 4 ö.S.

Fehr, Rik	Straßenbauamt Kreis Steinfurt, Leiter Straßenplanung

Es fehlten entschuldigt:

Die Ausschussmitglieder

Eimers, Alfred
Riermann, Günter
Weber, Winfried

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:50 Uhr

T a g e s o r d n u n g

Ausschussvorsitzender Schenk begrüßte die erschienenen Ausschussmitglieder sowie interessierte Ratsmitglieder um 17:10 Uhr zur Ortsbesichtigung zum TOP 5 ö.S. im Ortsteil Holtwick, Kirchstraße 2. Er erklärte, dass die Gemeinde Rosendahl Eigentümerin der westlich des Objektes Kirchstraße 2 gelegenen Grünanlage sei. Seitens des direkten Anliegers sei der Erwerb der gemeindlichen Grünanlage beantragt worden.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass auch nach einer eventuellen Aufgabe dieser Grünfläche mit den darauf stehenden Ruhebänken noch genügend andere Sitzgelegenheiten im Ortskern zu finden seien.

Die Ratsmitglieder Mensing und Fedder berichteten, dass dieser Platz im Sommer intensiv angenommen und genutzt werde, insbesondere von Jugendlichen.

Ausschussmitglied Everding erkundigte sich, ob es aufgrund der Nutzung durch die Jugendlichen Beschwerden wegen Ruhestörung gegeben habe.

Dies sei ihm nicht bekannt, erklärte Bürgermeister Niehues.

Ausschussmitglied Söller äußerte sich verwundert über die jetzige Veräußerungsabsicht, da bereits zuvor ein Antrag auf den Erwerb dieses Grundstückes abgelehnt worden sei.

Bürgermeister Niehues bestätigte dies. Seinerzeit habe die Gemeinde das Grundstück nicht verkaufen wollen, da auf dem Nebengrundstück die Errichtung eines K+K-Marktes noch im Gespräch gewesen sei. Für diesen Fall hätte man die Grünanlage als Parkplatzfläche benötigt. Inzwischen stehe fest, dass dort kein Einkaufsmarkt mehr gebaut werde und die Gemeinde das Grundstück nicht mehr benötige.

Ausschussvorsitzender Schenk bat darum, die Beratung und Überlegungen zu diesem Thema später in der Sitzung fortzuführen.

Nach der Besichtigung der Grünfläche fuhren die Teilnehmer zur St. Nikolaus-Grundschule im Ortsteil Holtwick, um dort die neuen Heizungsanlagen im Schulgebäude und in der Turnhalle zu besichtigen. Herr Mertens von der Verwaltung und der Hausmeister, Herr Kögging, erläuterten die Besonderheiten der Heizungsanlage. Durch besser zugeschnittene Heizkreise sei es jetzt möglich, die verschiedenen Bereiche der Schule gezielt und zeitversetzt zu beheizen (z.B. OGS), was eine Energieeinsparung zur Folge habe. Momentan werde von der Herstellerfirma Viessmann die Möglichkeit eingerichtet, die Heizungsanlage von jedem internetfähigen PC aus zu kontrollieren und zu steuern.

Anschließend erfolgte die Besichtigung des Feuerwehrgerätehauses im Ortsteil Darfeld. Herr Mertens erläuterte die Neuerungen. Neben dem neuen Hallendach sei auch eine neue Heizungsanlage installiert worden, die in der Lage sei später die Deckenstrahlheizung in der Halle zu ersetzen, falls diese aus Altersgründen nicht mehr nutzbar sei. Im Zuge der Erneuerung sei auch die Stiefel- und Uniformheizung, die sich an der Wand hinter den Uniformen befunden habe durch ein Rohrsystem unterhalb des Stiefelrostes ersetzt worden. Durch die aufsteigende Wärme könnten nach Einsätzen die Uniformen und Stiefel besser getrocknet werden. Weiter zeigte Herr Mertens, dass in den Gemeinschaftsräumen einige Heizkörper erneuert worden seien, wobei auch eine Dämmung der Außenwände vorgenommen worden sei. Zum Abschluss wurde die neue Einfassung der Toreinfahrten besichtigt.

Ausschussvorsitzender Schenk begrüßte zur Sitzung um 19:00 Uhr die Ausschussmitglieder, als Gast Herrn Fehr vom Straßenbauamt des Kreises Steinfurt, die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, sowie Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung Coesfeld.

Er stellte fest, dass zu dieser Sitzung mit Einladung vom 08. November 2010 form- und fristgerecht eingeladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig sei.

Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

1 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (1. Teil)

Es wurden keine Fragen der anwesenden Einwohner gestellt.

2 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO

2.1 Schulwegsicherung im Ortsteil Darfeld - Herr Lembeck

Ausschussmitglied Lembeck teilte mit, dass das Ausschussmitglied Eimers schon vor einiger Zeit auf die notwendige Schulwegsicherung im Ortsteil Darfeld hingewiesen und die Einrichtung eines Schülerlotsendienstes zur Diskussion gestellt habe. Aktuell habe es einen Unfall gegeben, bei dem ein zehnjähriges Mädchen nach dem Aussteigen aus dem Schulbus von einem Rollerfahrer angefahren worden sei. Er fragte, ob seitens der Gemeinde Rosendahl inzwischen Maßnahmen angedacht seien.

Bürgermeister Niehues antwortete, dass die Mutter des betroffenen Kindes ihn auch bereits persönlich angesprochen habe. Die Möglichkeiten der Gemeinde seien hier leider sehr begrenzt. Es sei bereits eine Parkbucht markiert worden, um den Eindruck der breiten Straße, die zum schnell Fahren verleite, zu verringern. Das Thema sei im Gespräch, aber es gebe noch keine aktuellen Vorschläge für eine weitere Verbesserung der Verkehrssituation.

2.2 Straßenbeleuchtung am Fußweg hinter dem Friedhof zwischen Eggeroder Straße und Turnhalle im Ortsteil Darfeld - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott wies auf eine Anfrage von Herrn Mensing in der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 21. Januar 2010 hin, ob es möglich sei, den Fußweg hinter dem Friedhof zwischen Eggeroder Straße und Turnhalle zu beleuchten. Er fragte, ob es hierzu neue Informationen gebe.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass Straßenlampen im Abstand von 30 m aufgestellt werden müssten, um eine ausreichende Beleuchtung zu erzielen. Dies bedeute, dass an der entsprechenden Strecke, die ca. 120 m lang sei, mindestens 3 bis 4 neue Lampen aufgestellt werden müssten. Aus Kostengründen sei entschieden

worden, auf die Aufstellung dieser Lampen zu verzichten. Er ergänzte, dass es in der oben genannten Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses auch eine Anfrage von Herrn Riermann bezüglich der Aufstellung einer Straßenlampe am Fußweg von der Straße „Zur Bleiche“ ins Baugebiet „Nord-West“ gegeben habe. Auch dort werde aufgrund der Haushaltssituation keine Straßenlampe installiert.

2.3 Probleme beim Wasserablauf im Baugebiet Nord-West im Ortsteil Darfeld - Herr Espelkott

Ausschussmitglied Espelkott teilte mit, dass sich im Baugebiet „Nord-West“ am Übergang zur fertigen Pflasterung mit einer davor liegenden Schotterrampe eine riesige Pfütze gebildet habe, die von Fußgängern und Radfahrern nicht umgangen werden könne.

Frau Brodkorb erklärte, dass bereits am heutigen Tage Mitarbeiter des Bauhofes einen zusätzlichen Straßeneinlauf installiert und die Schotterrampe begradigt hätten, um die entstandene Pfütze zu beseitigen.

2.4 Poller an der Verbundschule im Ortsteil Osterwick - Frau Everding

Ausschussmitglied Everding wies auf ihre Anfrage in der Sitzung des Planungs-, Bau und Umweltausschusses am 30. September 2010 hin, ob am Verbindungsweg zwischen Schulhof der Verbundschule und Zweifachhalle vorbei an der neuen Mensa noch Poller gesetzt würden, um ein Durchfahren von PKW zu verhindern. In der Niederschrift sei das Aufstellen der Poller durch Mitarbeiter des Bauhofes zugesichert worden.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass die Poller bereits geliefert seien. Aufgrund von krankheitsbedingten Engpässen sei es den Mitarbeitern des Bauhofes noch nicht möglich gewesen, die Poller aufzustellen. Der Auftrag sei jedoch erteilt und werde in absehbarer Zeit erledigt.

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen

Frau Brodkorb berichtete über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses am 30. September 2010.
Der Bericht wurde ohne Wortmeldungen zur Kenntnis genommen.

Bürgermeister Niehues teilte zu TOP 4 ö.S. der oben genannten Sitzung mit, dass die Verwaltung beauftragt wurde, ein Maßnahmenkonzept zur Erhaltung der Linden an der B 474 im Ortsteil Holtwick vorzulegen. Wie vom Sachverständigen Herrn Honds empfohlen, werde im Dezember ein Rückschnitt aller Bäume um ca. 20 – 30 % von einem Coesfelder Unternehmer durchgeführt, der ein sehr günstiges Angebot gemacht habe. Mit dem Rückschnitt aller Bäume könne man ein einheitliches Straßenbild erhalten. Für diese Maßnahme werde eine einseitige Sperrung der Straße mit einer Ampelanlage erforderlich, die kostenlos vom Landesbetrieb Straßen.NRW

ausgeliehen werden könne. Die Mitarbeiter des Bauhofes würden zum Häckseln des Schnittgutes eingesetzt.

Ausschussmitglied Lembeck erkundigte sich, ob das Holz für die Herstellung von Holzhackschnitzeln für die Heizungsanlagen geeignet sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass das Häckselgut zunächst an einen Osterwicker Unternehmer gehe, der die Trocknung vornehme. Danach sei es für die Hackschnitzelheizung geeignet.

4 Sachstandsbericht zum Bau des Bahntrassenradweges, Vorstellung der Ausbauplanung und Abschluss einer Planungs- und Bauvereinbarung mit dem Kreis Steinfurt
Vorlage: VIII/213

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/213 und begrüßte als Gast zu diesem TOP Herrn Rik Fehr, Leiter Planung des Straßenbauamtes vom Kreis Steinfurt.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass dieses Thema bereits mehrfach beraten worden und somit für die Ausschussmitglieder nicht neu sei. Den ersten Beschluss dazu habe man im Juni 2007 gefasst. In der Sitzungsvorlage habe er versucht, die wichtigsten Punkte noch einmal darzustellen. Die Bewilligung der Landesförderung für den dritten Bauabschnitt mit einer 75 %-igen Zuwendung, der Maßnahmen auf dem Gebiet der Kommunen Laer, Rosendahl und Billerbeck vorsehe, liege bereits vor. Der Kreis Steinfurt führe die Gesamtkoordination von Planung und Bau für alle Kommunen am Bahntrassenradweg durch.
Im Haushalt der Gemeinde seien 333.500 € für die Baumaßnahme und 225.500 € für den Grunderwerb dargestellt worden. Die Auszahlung der einzelnen Teilbeträge der bewilligten Landeszuwendung für die Baumaßnahme durch den Maßnahmenträger erfolge sehr zeitnah, entsprechend der Kostenentwicklung der Baumaßnahme. Nach der aktuellen von der Bezirksregierung Münster im Rahmen der Antragsprüfung genehmigten Kostenaufstellung ergebe sich jedoch nunmehr ein zusätzlicher Finanzbedarf in Höhe von 38.100 €, der von Herrn Fehr nochmals im Einzelnen erläutert werde. Kostenfinanzierung und Abwicklung der Baumaßnahme werde vom Kreis Steinfurt in eine Vereinbarung gekleidet, die kurzfristig geschlossen werden müsse, da der Kreis mit den entsprechenden Ausschreibungen beginnen wolle. Heute müsse also eine vorbereitende Entscheidung für den Rat getroffen werden.

Herr Fehr gab sodann anhand einer Power Point Präsentation **(Anlage I)** einen Sachstandsbericht über den Bau des Bahntrassenradweges nördliches Münsterland. Er stellte anhand von Fotos Impressionen aus dem bereits fertigen 1. Bauabschnitt vor, berichtete über den Status des 2. Bauabschnittes und erläuterte sodann die Planung des 3. Bauabschnittes. Dabei stellte er für die Gemeinde Rosendahl den Streckenverlauf, die geplanten Verknüpfungspunkte mit Radwegen und Straßen sowie die an der Strecke vorhandenen Bauwerke vor. Wichtig sei dabei auch der Naturschutz, der besonders auf im Streckenverlauf vorkommende geschützte Tierarten zu achten habe.

Ausschussmitglied Lembeck fragte Herrn Fehr, ob man im Hinblick auf die Haushaltssicherung davon ausgehen könne, dass die ca. 10 %-ige Verteuerung eingehalten werde, oder ob man mit einer weiteren Steigerung zu rechnen habe.

Herr Fehr erklärte, dass man inzwischen an einem Punkt angekommen sei, wo man sagen könne, dass man mit der Kostenberechnung auskomme. Im 2. Bauabschnitt habe man bereits festgestellt, dass keine Mehrkosten angefallen seien. Daher gehe er davon aus, dass man auch im 3. Bauabschnitt mit den berechneten Kosten auskommen werde.

Ausschussmitglied Lembeck fragte, wie es dazu komme, dass die Mehrkosten mit 38.100 € angegeben würden, er aber bei einer Addition der einzelnen für die Kostenverteuerung aufgeführten Positionen auf eine Summe von 42.000 € komme.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erklärte, dass die in den Haushalt 2010 eingestellten Zahlen auf gemeldeten Zahlen aus Oktober 2009 beruhten. Dadurch sei eine höhere Summe veranschlagt worden, als seinerzeit tatsächlich benötigt wurde. Jetzt komme es durch bisher noch nicht berücksichtigte Punkte, wie den erhöhten Sanierungsaufwand für die Brückenbauwerke und die Anbindung der Wohnsiedlung „Am Spielberg“ an den Radweg zu zusätzlichen Kosten. Wenn man diese einzeln auflliste, komme man auf die Summe von 42.000 €, wenn man diese Summe jedoch den ursprünglichen Kosten gegenüberstelle, bleibe eine Gesamtsumme von 38.100 € übrig.

Herr Fehr ergänzte, dass es sich bei den rd. 38.000 € um eine Gesamtkostensteigerung handele, die auch Einsparungen an anderer Stelle berücksichtige.

Ausschussmitglied Everding erklärte, dass die WIR-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen werde, da durch die Anlage dieses Radweges der Tourismus insbesondere im Ortsteil Darfeld gefördert werde.

Der Ausschuss fasste folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der von dem Vertreter des Kreises Steinfurt gegebene Sachstandsbericht und die vorgestellten aktuellen Planungen für den Bahntrassenradweg auf dem Gebiet der Gemeinde Rosendahl werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

2. Der für die Baumaßnahme gegenüber der Veranschlagung im Haushalt 2010 nach der Sitzungsvorlage Nr. VIII/213 und aufgrund des Sachstandsberichtes des Vertreters des Kreises Steinfurt sich voraussichtlich ergebende zusätzliche Finanzbedarf in Höhe von rd. 38.500 € ist im Haushalt 2011 für den Planungszeitraum der Maßnahme (Haushaltsjahre 2011 – 2013) bereitzustellen.

3. Dem Abschluss der im Entwurf als Anlage zur Sitzungsvorlage Nr. VIII/213 vorliegenden und mit dem Kreis Steinfurt abzuschließenden Planungs- und Bauvereinbarung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5 3. Änderung des Bebauungsplanes "Haus Holtwick" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
hier: Aufstellungsbeschluss sowie Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/216

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/216.

Bürgermeister Niehues erläuterte den der Einladung beigefügten Planentwurf und den Sachverhalt.

Ausschussmitglied Lembeck fragte, ob das eingeplante Baufenster für das Backhaus mit der Denkmalbehörde abgestimmt worden sei.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass der gesamte Planentwurf dem Amt für Bodendenkmalpflege zugestellt worden sei. Das Amt habe den Plan begrüßt und angekündigt, zum Beginn einer Baumaßnahme vor Ort zu sein. Sollten dann archäologische Fundstücke auftauchen, würden diese sofort gesichert werden können.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt erkundigte sich, ob diese Maßnahme bereits als LEADER-Projekt genehmigt sei.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der entsprechende Förderantrag im Entwurf bereits vorliege, eine detaillierte Kostenberechnung aber noch fehle. Entsprechende Gespräche dazu seien bereits am nächsten Tag geplant. Der Antrag werde danach schnellstmöglich auf den Weg gebracht.

Ausschussmitglied Schaten fragte, ob die Planungskosten im LEADER Projekt enthalten seien oder zusätzlich veranschlagt werden müssten.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass die Kosten der Bauleitplanung leider nicht als förderfähige Projektkosten berücksichtigt würden und daher zusätzlich veranschlagt werden müssten.

Ausschussmitglied Everding fragte nach, ob auch der Generationenpark am Bahnhof Darfeld aus dem LEADER Programm gefördert werde.

Bürgermeister Niehues bestätigte, dass wie in der Sitzung des Sport-, Kultur-, Familien- und Sozialausschusses am 09. September 2010 beschlossen, für die Generationenparks in Holtwick und Darfeld in Haushaltsjahren 2011 und 2012 jeweils 60.000 € für Material- und Gerätekosten zur Verfügung gestellt würden, wobei die Finanzierung in Höhe von rd. 40.000 € aus LEADER-Mitteln und knapp 20.000 € aus der Investitionspauschale erfolge. Weitere 30.000 € sollten jeweils durch Eigenleistung erbracht werden.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt teilte mit, dass die SPD-Fraktion dieses ablehnen werde. Der Ortsteil Darfeld werde durch den neuen Bahntrassenradweg überregional angebunden und daher stehe die Tourismusförderung hier im Vordergrund, wie schon vor Jahren geplant. Für den Ortsteil Holtwick sehe man diese Notwendigkeit nicht. Hier sollten die Schwerpunkte wie vor vielen Jahren geplant im Bereich Handwerk liegen, im Ortsteil Osterwick im Bereich Dienstleistung.

Ausschussmitglied Espelkott erklärte, dass die WIR-Fraktion dem Aufstellungsbeschluss zustimmen werde, da sie die Pläne für beide Ortsteile für zukunftsweisend halte.

Ausschussmitglied Lembeck teilte für die CDU-Fraktion mit, dass auch von dieser Seite eine Zustimmung zu erwarten sei. Er halte es nicht für sinnvoll, Pläne der SPD, die schon seit 25 Jahren in einer Schublade geschlummert hätten, wieder aufleben zu lassen.

Ausschussmitglied Kreutzfeldt antwortete darauf, dass im Hinblick auf die Geschichte des Rosendahler Gemeinderates und die früheren Mehrheitsverhältnisse klar sein müsse, dass diese Pläne nicht von der SPD gemacht worden seien.

Der Ausschuss fasste abschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 3. Änderung des Bebauungsplanes „Haus Holtwick“ wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB für das Gebiet, das dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/216 beigefügten Planentwurf zu entnehmen ist, beschlossen. Dieser Plan ist Bestandteil des Beschlusses.

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung der Planunterlagen beschlossen.

Dieser Beschluss ist gemäß § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB in Verbindung mit § 13a Abs. 3 Nr. 1 und 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja Stimmen
2 Nein Stimmen

6 3. Änderung des Bebauungsplanes "Ortskern Darfeld" im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
hier: Beschluss zur öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB
Vorlage: VIII/218

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/218.

Nach kurzer Erläuterung des Planentwurfs durch Bürgermeister Niehues fasste der Ausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Gemäß § 13a in Verbindung mit § 13 Abs. 2 Nr. 2 und 3 und § 3 Abs. 2 BauGB wird die öffentliche Auslegung der der Sitzungsvorlage Nr. VIII/218 beigefügten Planunterlagen beschlossen.

Die öffentliche Auslegung ist gemäß § 13 Abs. 3 BauGB in Verbindung mit § 3 Abs. 2 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7 6. vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes "Höven", Ortsteil Osterwick
hier: Aufstellungsbeschluss gemäß § 13 Baugesetzbuch (BauGB)
Vorlage: VIII/214

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/214.

Frau Brodkorb erläuterte das Vorhaben des Eigentümers und wies darauf hin, dass eine Erweiterung der Baugrenze in östlicher Richtung unproblematisch sei, da auch die angrenzenden Grundstücke bereits eine überbaubare Fläche von 20,00 m Breite auswiesen.

Der Ausschuss fasste folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Das Verfahren zur 6. vereinfachten Änderung des Bebauungsplanes „Höven“, Ortsteil Osterwick, wird gemäß § 13 des Baugesetzbuches (BauGB) entsprechend dem der Sitzungsvorlage Nr. VIII/214 beigefügten Entwurf bestehend aus Satzung, Begründung und Planzeichnungen durchgeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8 Antrag der WIR-Fraktion vom 05.09.2010;
hier: Verkehrssituation Kreuzungsbereich Hauptstraße / Elsen im Ortsteil Osterwick
Vorlage: VIII/215

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/215.

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass am 26. Oktober 2010 ein Ortstermin mit Vertretern der Fachbehörden stattgefunden habe. Dabei habe sich herauskristallisiert, dass die Voraussetzungen für die Anordnung eines Zebrastreifens nicht vorlägen. Eine bauliche Querungshilfe könne zwar angelegt werden, deren Kosten in Höhe von ca. 100.000 € müssten aber von der Gemeinde Rosendahl selbst getragen werden.
Eine tragbare Lösung wäre daher möglicherweise die Ausweitung der 30 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung in westliche Richtung bis zur Fußgängerampel.

Ausschussmitglied Everding fragte, ob man sich klar gemacht habe, was ein Zebrastreifen koste und wie wertvoll ein Menschenleben sei. Die Überlegung müsse doch sein, wie man insbesondere Kindern und Senioren eine sichere Überquerung der Straße gewährleisten könne.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass man dies nicht einfach so gegenüber stellen könne. Die gesetzlichen Anforderungen seien in diesem Fall nicht gegeben. Die Querungszahlen in diesem Bereich seien einfach zu gering. In den 40 Minuten während des Ortstermins habe tatsächlich nur eine Person die Straße überquert. Der Kreis werde die benötigte verkehrsrechtliche Anordnung für die Anlage eines Zebrastreifens nicht erteilen.

Ausschussvorsitzender Schenk ergänzte, dass es Rechtsvorschriften für die Anlage eines Zebrastreifens gebe, die auf der Grundlage einer bestimmten Anzahl von querenden Fußgängern und Fahrzeugen beruhten und in diesem Fall wohl nicht zuträfen.

Ausschussmitglied Lembeck stellte fest, dass der Ortstermin eine Notwendigkeit zur Anlage einer Querungshilfe oder eines Zebrastreifens nicht gezeigt habe. Es sei nicht möglich, alle Straßen im Ortsbereich absolut sicher zu machen.
Er kritisierte daraufhin den Beschlussvorschlag der Verwaltung, der mehrere Dinge miteinander verquicke, die nach Ansicht der CDU-Fraktion so nicht in Zusammenhang gebracht werden könnten. Die Begründung, die Querungshilfe aus Kostengründen nicht zu erstellen, sehe die CDU-Fraktion so nicht. Auch bei geringeren Kosten sei diese nicht notwendig.
Bei der Idee, die 30 Zone weiter auszudehnen sei die Frage, ob es sich hier wirklich um die Ausweisung einer Zone handele, die mithin auch eine geänderte Vorfahrtsregelung zur Folge habe oder ob es sich lediglich um die Erweiterung der Geschwindigkeitsbegrenzung handeln solle. Im Gremium „Osterwick-Mitte“ werde eventuell auch noch eine Überplanung notwendig, in deren Zuge man dann ent-

sprechende Veränderungen vornehmen könnte. Es müsse berücksichtigt werden, dass die Hauptstraße auch eine Lebensader für den Ortskern sei, deren Veränderung durch eine weiter ausgedehnte Geschwindigkeitsbegrenzung das Dienstleistungszentrum schwächen würde.
Er schlage vor, heute nur über die Querungshilfe abzustimmen und über die Einrichtung einer Tempo-30-Zone für diesen Bereich später abzustimmen.

Bürgermeister Niehues entgegnete, dass es sich nicht um die Einrichtung einer Tempo-30-Zone handeln solle, sondern dass lediglich das Schild für die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h in Richtung Fußgängerampel am Dienstleistungszentrum vorgezogen werden solle. Er halte eine Verkehrsberuhigung im Ort durchaus für wünschenswert.

Ausschussmitglied Lembeck schlug vor, bei dieser Frage auch die Betreiber des Dienstleistungszentrums einzubinden und deren Meinung zu berücksichtigen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass er während des Ortstermins beobachten konnte, wie lange eine Fußgängerin mit Rollator gebraucht habe, um die Hauptstraße zu überqueren. Daher plädiere er für die Ausweitung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h. Dadurch könne die Gefahr für querende Fußgänger reduziert werden.

Ausschussvorsitzender Schenk schlug vor, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass man das Wort „Zone“ daraus entferne, um keine Missverständnisse entstehen zu lassen.

Ausschussmitglied Espelkott erklärte, dass der Antrag der WIR-Fraktion nicht nur auf das Anlegen einer Querungshilfe angelegt gewesen sei. Die Fraktion könne sich aufgrund der momentanen Gegebenheiten auch mit einer Ausweitung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h anfreunden, bitte aber für den Fall der Umsetzung um verstärkte Geschwindigkeitskontrollen durch die Polizei. Sollte die jetzige Landstraße zu einer Gemeindestraße herabgestuft werden, bitte man darum, eine Verengung der Straßenführung zu prüfen.

Ausschussmitglied Hemker regte an, die Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h nicht nur bis zur Fußgängerampel am Dienstleistungszentrum sondern dann bis zur Einmündung der Midlicher Straße fortzuführen, da auch hier eine verkehrsproblematische Situation bestehe.

Diese Anregung wolle er gerne aufnehmen und an den Kreis weitergeben, antwortete Bürgermeister Niehues.

Ausschussmitglied Söller erklärte, dass er gegen die Ausweitung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h sei. Seiner Ansicht nach könne man die Straße an der vorhandenen Fußgängerampel sicher überqueren. Man müsse dazu eben ein paar Meter weitergehen.

Ausschussmitglied Everding teilte mit, dass sie die Anregung von Herrn Hemker begrüße. Sie wies darauf hin, dass der Arbeitskreis „Osterwick-Mitte“ noch in den Kinderschuhen stecke, aber jetzt aktueller Handlungsbedarf bestehe.

Ausschussvorsitzender Schenk ließ zunächst über den **Antrag** von Ausschussmitglied Lembeck den Beschlussvorschlag zu splitten, **abstimmen.**

Abstimmungsergebnis:	4 Ja Stimmen
	3 Nein Stimmen
	1 Enthaltung

Damit war dieser Antrag **angenommen.**

Der Ausschuss fasste anschließend folgende **Beschlüsse:**

1. Auf die Anlegung einer Querungshilfe auf der Hauptstraße im Ortsteil Osterwick im Bereich der Arztpraxis wird verzichtet.

Abstimmung: 7 Ja Stimmen
1 Enthaltung

2. Stattdessen soll beim Kreis Coesfeld, Abt. 36 - Straßenverkehr, beantragt werden, die 30 km/h Geschwindigkeitsbegrenzung auf der Hauptstraße möglichst bis zur Einmündung der Midlicher Straße auszudehnen.

Abstimmung: 5 Ja Stimmen
3 Nein Stimmen

9 Entscheidung über die Aufgabe und den Verkauf einer Grünanlage an der Kirchstraße im Ortsteil Holtwick
Vorlage: VIII/209

Ausschussvorsitzender Schenk verwies auf die Sitzungsvorlage VIII/209 und die vor der Sitzung durchgeführte Ortsbesichtigung.

Ausschussmitglied Espelkott teilte mit, dass sich die WIR-Fraktion in dieser Frage nicht einig sei. Er persönlich sehe den Verkauf als Einschnitt in das Ortsbild an, da er davon ausgehe, dass der Käufer das Grundstück mit einem Zaun oder einer Hecke zur Straße hin abgrenzen werde. Dieser gut angenommen Treffpunkt könne nicht einfach entfernt werden. Er plädiere dafür gerade solche typischen Dorfecken in den Orten zu erhalten und zu pflegen.

Ausschussmitglied Lembeck erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Verkauf zustimmen werde, da im Gegenzug mit der Anlage des Generationenparks im Ortsteil Holtwick und mit der Neugestaltung des Jugendhauses im Ortsteil Osterwick entsprechende Ausgleiche geschaffen würden. An der fraglichen Stelle sei daher die Wegnahme des Treffpunktes möglich.

Ausschussmitglied Everding erklärte, dass sie einem Verkauf zustimmen werde, bat aber die Verwaltung, in einem persönlichen Gespräch mit dem Käufer darum zu bitten, mit einer entsprechenden Gestaltung der Grundstücksgrenze das Ortsbild nach Möglichkeit zu erhalten.

Der Ausschuss fasste abschließend folgenden **Beschluss:**

Der Aufgabe und dem Verkauf der am Beginn der Kirchstraße neben dem Objekt „Kirchplatz 2“ gelegenen gemeindlichen Grünfläche zur Größe von ca. 110 qm wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 7 Ja Stimmen
1 Nein Stimme

10 Mitteilungen

10.1 Bebauungsplanänderung wegen Dringlichkeit als TOP in der Ratssitzung am 25. November 2010

Bürgermeister Niehues informierte die Ausschussmitglieder darüber, dass in der Ratssitzung am 25. November die Änderung eines Bebauungsplanes als TOP 14 aufgenommen worden sei. Eine Aufnahme in die heutige Sitzung sei zeitlich nicht mehr möglich gewesen. Wegen der Dringlichkeit habe man sich entschlossen, diesen Punkt direkt in die Ratssitzung aufzunehmen.

10.2 Neuer Parkplatz im Bereich der Arztpraxis an der Hauptstraße im Ortsteil Osterwick

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass der Parkplatz an der Arztpraxis an der Hauptstraße im Ortsteil Osterwick heute fertig geworden sei. Es fehle noch die Beschilderung für die zwei geplanten Behindertenparkplätze. Die Presse werde am Freitag bekannt geben, dass der Parkplatz genutzt werden könne. Eine Markierung für die Parkflächen werde nicht aufgebracht, da es sich um einen Schotterparkplatz handele.

10.3 Versammlung der Anlieger der Straße "Am Spielberg" zum Thema "Generationenpark" im Ortsteil Darfeld

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass es am 02. November 2010 eine Versammlung der Anlieger der Straße „Am Spielberg“ gegeben habe. Es habe durchaus einige kritische Nachfragen zum Thema Generationenpark gegeben. Durchweg herrsche aber ein positives Meinungsbild. Den Anliegern sei durchaus bewusst, dass es durch den Generationenpark möglicherweise zu einer erhöhten Geräuschkulisse kommen könne, dies werde aber akzeptiert.

10.4 INTEREG-Projekt "Energiequelle Wallhecke" als Pilotprojekt in der Gemeinde Rosendahl

Bürgermeister Niehues teilte mit, dass es ein von der Europäischen Union gefördertes Pilotprojekt „Energiequelle Wallhecke“ gebe, bei dem das Ziel sei, das Holz aus Wallhecken verstärkt als Energiequelle zu nutzen. Es gebe viele sehr alte Wallhecken, die bereits große Bäume enthielten. Die Notwendigkeit diese Hecken „auf den Stock“ zu setzen solle mit der Nutzungsmöglichkeit des Holzes verbunden werden. Ein sogenannter „Heckenmanager“, der aus Fördermitteln bezahlt werde, begleite dieses Projekt für den Kreis Coesfeld. Die Gemeinde Rosendahl werde als Pilotgemeinde fungieren und habe bereits in Frage kommende Hecken in einer Länge von 13,7 km für alle drei Ortsteile zusammengestellt. Bei verschiedenen Firmen habe

man inzwischen Preisanfragen gestellt. Die Angebote sollen bis Ende November 2010 eingehen. Die Verwertung des Holzes solle durch den ausführenden Unternehmer erfolgen. Man hoffe auf eine kostendeckende Lösung, evtl. sogar auf einen kleinen Ertrag. Der Bauhof der Gemeinde werde dadurch enorm entlastet.

Auf die Frage von Ausschussmitglied Everding, ob das eine einmalige Aktion sei, antwortete Bürgermeister Niehues, dass dieses Projekt zu einer Dauereinrichtung werden solle.

11 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO (2. Teil)

11.1 Nutzung der Sitzgruppe der zu veräußernden Grünanlage für den Generationenpark im Ortsteil Holtwick - Herr Stroot

Herr Stroot fragte, ob es möglich sei, nach dem Verkauf der Grünanlage an der Kirchstraße im Ortsteil Holtwick, die jetzt dort aufgestellten Bänke und den Tisch für den Generationenpark in Holtwick zu nutzen.

Bürgermeister Niehues erklärte, dass dies nicht möglich sei, da die Grünanlage komplett mit den aufstehenden Bänken und dem Tisch veräußert werde.

Klaus Schenk Ausschussvorsitzende/r	Sabine Wisner-Herrmann Schriftführer/in